

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD

Unverzüglich einfachen und verlässlichen Notruf bei Polizei und Rettungsdiensten auch für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderung einführen!

Menschen mit Hör- und Sprachbeeinträchtigungen sind meist nicht in der Lage, einfach einen Notruf per Telefon abzugeben – für sie müssen die technischen Möglichkeiten geschaffen werden, auf anderen Wegen als über gesprochene Sprache am Telefon ihren Notfall melden zu können. In Bremen und Bremerhaven ist es jetzt schon möglich, ein Notfall-Fax zu senden; in Bremen geht eine Meldung auch per Gehörlosentelefon. Allerdings gibt es viele Notfall-Situationen, in denen kein Faxgerät zur Verfügung steht oder bedient werden kann. Dazu kommt, dass dieses Notfall-Fax nicht einfach an eine einheitliche Nummer, unabhängig vom Aufenthaltsort, geschickt werden kann, sondern die Kommunen je eigene Fax-Nummern haben; dies gilt auch für andere Bundesländer. Das verhindert das möglichst einfache Absetzen eines Notrufs, wenn die Notsituation an einem Ort auftritt, der vom in Not befindlichen Menschen nicht eindeutig einer bestimmten Gemeinde zugeordnet werden kann – selbst wenn dort gerade ein Fax-Gerät verfügbar sein sollte.

In anderen Ländern, zum Beispiel in Österreich, ist es möglich, einen Notruf sowohl per Fax als auch per E-Mail und per SMS abzusetzen, und zwar unter einer zentralen Nummer bzw. Adresse für das gesamte Land. Diese Möglichkeit muss auch für Deutschland bundesweit und einheitlich geschaffen werden, unter Ausschluss der zurzeit noch vorhandenen Probleme in den Bereichen Verlässlichkeit, der Rückfragemöglichkeiten und der Ortungsmöglichkeiten.

Das gebietet auch die UN-Behindertenrechtskonvention; das Europäische Parlament hat im November 2011 eine schriftliche Erklärung zur Notwendigkeit eines barrierefreien Notrufs von dessen Präsidenten angenommen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich sowohl auf Bundesebene als auch in den bereits tätigen Arbeitsgruppen dafür einzusetzen, dass unverzüglich ein bundesweit einheitliches und verlässliches System für Notrufe für Menschen mit Hör- und Sprachbeeinträchtigungen entwickelt und eingeführt wird.

Björn Fecker, Dirk Schmidtman, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD